

1:0 fürs Regime. In Syrien fällt der Tag des Zorns vorerst aus

von Muriel Asseburg, in: INAMO Special „Game over“, Februar 2011

Auf Facebook wurde für den 4./5. Februar 2011 zu einem Tag des Zorns in Syrien aufgerufen. Allerdings folgten in Damaskus und Aleppo nur eine Handvoll Menschen dem Aufruf. Dabei mag Angst vor Übergriffen des Geheimdienstes eine Rolle gespielt haben, ebenso aber auch, dass der Aufruf nicht mit den Oppositionsgruppen in Damaskus abgestimmt worden war.

Insgesamt haben der Sturz des tunesischen Präsidenten und der Aufstand in Ägypten bislang in Syrien keine nennenswerten Nachahmereffekte hervorgerufen. Das liegt vor allem daran, dass es dort prinzipiell nahezu keine Demonstrationen gibt, die nicht vom Regime organisiert werden oder die sich sogar gegen das Regime richten. Eine Ausnahme bilden immer wieder aufflammende Proteste in den entwicklungspolitisch vernachlässigten Kurdenregionen im Nordosten des Landes, die allerdings stets blutig niedergeschlagen werden. Syrien gilt denn auch als einer der repressivsten Staaten in der Region. Dabei hat unter Bashar al-Asad, der seit einem Jahrzehnt regiert, durchaus eine gewisse politische Öffnung stattgefunden. So ist die Pressefreiheit etwas größer geworden. NGOs sind in Bereichen zugelassen worden, die als unpolitisch gelten, etwa Umwelt und Frauenförderung. Und die Furcht vor dem Geheimdienst hat abgenommen. Dennoch bleibt der politische Raum eng begrenzt. Nach wie vor gibt es keine kompetitiven Wahlen, keine Versammlungs- oder Vereinigungsfreiheit. Nach wie vor verschwinden Oppositionelle regelmäßig im Gefängnis, ist die Muslimbruderschaft verboten. Somit gibt es kaum Ventile, durch die sich Frustration Luft machen oder systemimmanente Foren, in denen sich Opposition organisieren oder artikulieren könnte.

Zugleich gibt es in Syrien durchaus ein erhebliches Maß an Unmut und damit potentielle Auslöser von Protesten. Denn politische Repression, steigende Lebenshaltungskosten, soziale Ungerechtigkeit und mangelnde Perspektiven für die junge Bevölkerung (in Syrien sind rund drei Viertel der Bevölkerung unter 35 Jahren) sind, wie in Tunesien und Ägypten auch in Syrien virulent. Trotz beachtlicher Wachstumsraten von rund fünf Prozent im letzten Jahr ist insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit hoch. Der, wenn auch bedächtige Umbau der Wirtschaft und der teilweise Abbau des Staatssektors haben die soziale Schere in den letzten Jahren auseinanderklaffen lassen, die Armut hat deutlich zugenommen. Unfreiwillige Binnenmigration infolge von Dürre hat die soziale Lage weiter verschärft.¹ Und auch in Syrien ist die Perzeption weitverbreitet, dass im Umkreis der Herrscherfamilie massive Selbstbereicherung stattfindet und dass Politik und Ökonomie von Vetternwirtschaft geprägt sind.

Es ist nicht nur die Repression, die die Syrer vom Aufstand abhält. Ein entscheidender Faktor scheint vielmehr die Angst zu sein, dass ein Sturz des Regimes schnell in einen Bürgerkrieg münden könnte. Denn die syrische Gesellschaft ist ethnisch und konfessionell stark fragmentiert.² Ein Umsturz, so die Furcht, könnte Racheakte an der konfessionellen Minderheit der Alawiten auslösen, die das Regime trägt, und an den Christen, die als seine Stützen gesehen werden. Dabei haben die Syrer auch das abschreckende Beispiel ihrer beiden Nachbarn Irak und Libanon vor Augen. Sie rechnen zudem damit, dass das Regime Unruhen brutal unterdrücken würde, selbst wenn es dabei zu einer großen Zahl von Opfern käme. Dies legt zumindest die Gewalterfahrung von 1982 nahe, als in Hama Zehntausende massakriert wurden, um einen Aufstand der Muslimbrüder niederzuschlagen.

Nicht zuletzt genießt aber auch der Weg, den das Regime unter Bashar eingeschlagen hat, eine gewisse Popularität und verleiht ihm in tragenden Teilen der Gesellschaft Legitimität. So

haben die Unternehmerelite und die obere Mittelschicht von den Wirtschaftsreformen der letzten Jahre profitiert und ein Interesse daran, dass sie fortgesetzt werden. Vor allem aber kann der Präsident auf eine Außenpolitik verweisen, die im Lande überwiegend als erfolgreich bewertet wird. Denn es ist dem Regime gelungen, dem Druck des Westens – für George W. Bush galt Syrien noch als Teil der Achse des Bösen – in wesentlichen Punkten standzuhalten, und seine politischen und wirtschaftlichen Beziehungen in der Region sowie nach Asien deutlich auszubauen.

Vor diesem Hintergrund gab sich der Präsident in einem ausführlichen Interview mit dem Wall Street Journal vom 31. Januar 2011 auch entspannt: die Stabilität Syriens sei – trotz schwieriger Rahmenbedingungen – nicht gefährdet. Schließlich sei man volksthunlich und habe sich weder zum Lakei des Westens gemacht, noch ließe man sich Prioritäten und Tempo von Reformen von außen oktroyieren. Dennoch zeichnen sich auch in Syrien bereits konkrete Rückwirkungen der Ereignisse in Tunesien und Ägypten ab. Noch im Januar 2011 kündigte die Regierung an, Heizölsubventionen und die Gehälter im Staatssektor zu erhöhen sowie eine Art Sozialhilfe für benachteiligte Familien einzuführen. Auch hat der Präsident für die Zukunft politische Reformen angekündigt, unter anderem eine Überarbeitung der Gesetze, die die Arbeit von Medien und NGOs regeln, sowie der Regelungen für Lokalwahlen. In der zweiten Februarwoche war es in Syrien seit drei Jahren zum ersten Mal wieder möglich, direkt auf Facebook-Seiten zuzugreifen. Letzteres mag zwar als Maßnahme der politischen Öffnung verkauft werden. Der Verdacht liegt allerdings nahe, dass es eher darum geht, besser kontrollieren zu können, wer sich auf regimekritischen Seiten bewegt.

Nachhaltige Stabilität versprechen all diese Maßnahmen nicht. Denn erstens werden sich zusätzliche Ausgaben vor dem Hintergrund sinkender Einnahmen aus Ölexporten dauerhaft kaum finanzieren lassen. Zweitens stellen Subventionen keinen Ersatz für eine umfassende Sozialpolitik dar, die die wirtschaftliche Liberalisierung abfedern müsste. Und drittens ersetzen sie politische Teilhabe nicht, die alle gesellschaftlichen und politischen Kräfte einbinden würde. Die Entwicklungen in Tunesien und Ägypten haben sehr deutlich gezeigt: Stabilität kann trügerisch sein. Voraussagen lässt sich freilich nicht, wann und unter welchen Umständen psychologische Barrieren fallen und die Bevölkerungen ihre Angst vor der Staatsgewalt ablegt.

Muriel Asseburg leitet die Forschungsgruppe Naher / Mittlerer Osten und Afrika an der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.

¹ Nach Angaben der UN sind in Syrien rund 1,3 Millionen Menschen von der Dürre betroffen, bei 800 000 Menschen hat sie die Existenzgrundlage zerstört. Viele kleine Landwirte haben ihre Dörfer verlassen und sich in den Armenvierteln am Rand von Damaskus angesiedelt. Aufgrund der Dürre führt Syrien, das zuvor Selbstversorger bei Getreide war, heute wieder Weizen ein. Die Zahl der Menschen, die in extremer Armut leben, ist infolge der Dürre auf bis zu 3 Millionen gestiegen. Olivier De Schutter, UN Special Rapporteur on the right to food: Mission to Syria from 29 August to 7 September 2010, http://www.srfood.org/images/stories/pdf/officialreports/20100907_syria-mission-preliminary-conclusions_en.pdf.

² Nach Angaben der Economist Intelligence Unit sind 72% der syrischen Gesellschaft Sunniten, 14% Alawiten, 12% Christen, 2% Schiiten oder Drusen. Economist Intelligence Unit, *Country Report: Syria*, London, Februar 2011, http://www.eiu.com/report_dl.asp?issue_id=47782989&mode=pdf. Die Angaben für den kurdischen Anteil an der Bevölkerung unterscheiden sich je nach Quelle deutlich. Das US State Department geht von 9% aus, die Gesellschaft für bedrohte Völker von 12%, der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung von 10-15%. US State Department, *Background Note: Syria*, 2010, <http://www.state.gov/r/pa/ei/bgn/3580.htm>; Gesellschaft für bedrohte Völker, *Die Kurden: Ein Überblick*, 2011, <http://www.gfbv.de/inhaltsDok.php?id=779&stayInsideTree=1>; Olivier De Schutter, ebd.